



Bayerische SDGs



*eine welt
netzwerk bayern*

„Bayerische SDGs“

Präambel:

Der Freistaat Bayern bekennt sich in den Leitsätzen der Bayerischen Staatsregierung zu seiner Verantwortung gegenüber den Aufgaben, die er – gemeinschaftlich mit anderen Akteuren – gegenüber der Weltgemeinschaft zu leisten hat. Die international vereinbarten „Sustainable Development Goals“ (SDGs) können nur erreicht werden, wenn sich neben der internationalen Staatengemeinschaft u.a. auch die deutschen Länder beteiligen.

Eine Welt-Politik des Freistaates Bayern einschließlich Aktivitäten zur Umsetzung der SDGs ist an den Prinzipien der Nachhaltigkeit, Transparenz, Partnerschaft auf Augenhöhe, Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität und Kohärenz auszurichten und fördert Eigenverantwortung. Ziel der bayerischen Eine Welt-Politik ist die Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit.

Die im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem bayerischen Dachverband entwicklungspolitischer Akteure, zusammengeschlossenen über 150 kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Institutionen haben im April 2015 einen Dialog begonnen, bei dem Erwartungen an den Freistaat Bayern zur Erreichung der SDGs artikuliert werden. Dieser Dialogprozess mündet in der Formulierung bayerischer SDGs, die erstmals am 28. September 2015 im Rahmen der „Zukunftstour“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Diese an die Bayerische Staatsregierung übergebenen „Bayerischen SDGs“ sind nicht abschließend, sondern werden kontinuierlich weiterentwickelt. Gleichzeitig soll die Umsetzung regelmäßig überprüft werden – erstmals bei der nächsten bayerischen Fair Handels- und Eine Welt-Messe am 15./16.7.2016 in Augsburg.

Folgende Handlungsfelder und Ziele werden als ein wichtiger Beitrag des Freistaates Bayern und weiterer bayerischer Akteure zur Umsetzung der SDGs angesehen:

Kommunen

Um Politik auch auf lokaler Ebene selbstverständlich global verantwortlich zu gestalten, nehmen Kommunen ihre entwicklungspolitische Verantwortung an und berücksichtigen globale Nachhaltigkeitsentwicklungsziele systematisch und kohärent in kommunalen Strategien, wie beispielsweise Stadtentwicklungskonzepten oder Nachhaltigkeitsstrategien. Sie unterstützen bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement, engagieren sich in Partnerschaften, integrieren soziale und ökologische Kriterien in ihr Beschaffungswesen, gestalten verantwortliche Beteiligung und unterstützen die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Sie tragen somit wirksam zu einer weltweit gerechten und nachhaltigen Entwicklung und zu einer positiven Gestaltung der Globalisierung bei und sind hierbei vom Freistaat Bayern zu unterstützen.

- Stärkung der Eine Welt-bezogenen Akteure und Ziele (durch finanzielle Unterstützung, Zuständigkeiten in der Verwaltung, Ansprechpersonen in Stadt- / Gemeinderat, regelmäßige Berichterstattung)
- Stadt- / Gemeinderatsbeschlüsse zum Thema „nachhaltige Beschaffung“ sowie zu „Sozial- und Umweltstandards“
- Förderung der Selbstvernetzung der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene
- globale SDGs sind wesentliche Bezugspunkte in allen kommunalen Leitbildprozessen
- Unterstützung von Initiativen wie Fairtrade-Town, Fairtrade-Schulen etc
- Vorbildfunktion leben
- Divestment: Verzicht kommunaler Pensionsfonds (Muster: Münster) auf Investitionen in fossilen Energien, Rüstung etc.

Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Bayern setzt sich für einen fairen internationalen Wettbewerb ein und stärkt die globale Verantwortung von Unternehmen für Sozial- und Umweltstandards. Im Rahmen seiner Möglichkeiten fördert der Freistaat Bayern gemeinschaftlich organisierte Wirtschaftsstrukturen (vor allem in den bayerischen Partnerregionen). Insbesondere soll der bisher hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren getragene „Faire Handel“ ausgebaut sowie Produzenten, Strukturen und Handel in bzw. mit den Partnerländern entsprechend qualifiziert und gefördert werden.

- Förderung verbindlicher gesetzlicher Sozial- und Umweltstandards in der globalen Lieferkette
- Einforderung der Verantwortung bayerischer Unternehmen für ihre Tochterfirmen und Zulieferer weltweit (inkl. Zahlung existenzsichernder Löhne)
- Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Produzenten für bayerische Unternehmen künftig ILO-Kernarbeitsnormen in Bayern einklagen können
- Anreize des Freistaates Bayern für Unternehmen, sich zur globalen Verantwortung in der Lieferkette zu bekennen: z.B. durch einen „Corporate Responsibility-Preis“

Nachhaltige Beschaffung im öffentlichen Bereich

Aufgrund der Marktmacht und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand werden soziale und ökologische Kriterien in der öffentlichen Beschaffung in Bayern kontinuierlich stärker berücksichtigt.

- Leitlinien für nachhaltige Beschaffung der öffentlichen Hand inkl. Benennung konkreter Ziele (ähnlich Bundesebene: Bundesministerien haben sich u.a. verpflichtet, bis 2020 95% Recyclingpapier zu nutzen und möglichst 50% der Textilien öko-sozial einzukaufen)
- Vergrößerung des Angebots an fair gehandelten Produkte in den Kantinen bayerischer Behörden (inkl. Änderung der bayerischen Kantinenrichtlinien)
- fair gehandelte Bälle für Bayerns Schulen
- Verknüpfung der staatlichen Förderung von Ballsportvereinen mit der Nutzung fair gehandelter Bälle
- Erhöhung des Anteils an bio-regional-fairer Verpflegung bei staatlich geförderten Vereinen und Veranstaltungen
- Förderung nachhaltiger Beschaffung in Kitas

Außen- und Außenwirtschaftspolitik:

Bei der Unterstützung bayerischer Unternehmen bei Auslandsinvestitionen und Marktzugängen verpflichtet die wertgebundene Politik Bayerns zur Förderung von Sozial- und Umweltstandards. Die Staatsregierung gibt entsprechend Hilfestellungen bei der Entwicklung von Strategien zur Etablierung von Sozial- und Umweltstandards. Dies betrifft auch die konkrete Umsetzung der Standards in verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten. Firmen sollten, insbesondere wenn sie in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern tätig werden, mit den Problemen der jeweiligen Länder in Bezug auf Sozial- und Umweltstandards vertraut gemacht werden. Menschenrechte stehen im Vordergrund.

- Handelsbeziehungen auf Augenhöhe
- im Rüstungsbereich Konversion vorantreiben
- bayerische Initiative zur Standardisierung von fairen Produkten
- Hilfestellung für bayerische Unternehmen bei der Entwicklung von Strategien zur Etablierung Sozial- und Umweltstandards
- Initiative Bayerns zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 über die Rechte indigener Völker durch die Bundesregierung
- Bayern lehnt das internationale Handelsabkommen TTIP allein deswegen ab, da die Erstellung intransparent verläuft und selbst gewählte Abgeordnete keinen Einblick in die Verhandlungen bekommen
- Bayern lehnt die internationalen Handelsabkommen TTIP und CETA ab, da sie u.a. Sonderklagerechte für Unternehmen vorsehen

Landwirtschaftspolitik:

Der Großteil der weltweiten Nahrungsmittel wird von bäuerlichen Betrieben, die oft nur über sehr wenig Fläche verfügen, erzeugt. Trotzdem leben die meisten Hungernden auf dem Land. Viele verdienen so wenig, dass sie ihre Familien nicht ausreichend versorgen können. Der Zugang zu Produktionsmitteln wie Boden, Wasser, Saatgut, Ausbildung und Krediten sowie zu entsprechenden Märkten ist meist nicht ausreichend. Gleichwohl steckt in der Landwirtschaft ein großes Entwicklungspotential. Essentiell dafür ist die Wertschätzung der Bäuerinnen und Bauern sowie die Veränderung internationaler Rahmenbedingungen wie sie im Weltagrarbericht ausführlich beschrieben wird.

- Einsatz gegen „Landgrabbing“ und Nahrungsmittelspekulationen
- Reduzierung von Futtermittelimporten und Förderung flächengebundener Landwirtschaft
- Stärkung der 2. Säule bei den Agrarsubventionen
- Förderung biologischer, fairer, saisonaler und regionaler Produkte
- Förderung von „bio in Bayern“: mehr Unterstützung, damit bis zum Jahr 2020 20% der Landwirtschaft in Bayern auf bio umstellt
- Ausrichtung von Ausbildung und Beratung auf Nachhaltigkeit statt einseitig auf betriebliches Wachstum
- Fokus auf Nahrungsmittelproduktion statt Agroenergie

Umwelt / Klima / Klimagerechtigkeit / Ressourceneffizienz:

Mit seinen weitreichenden Auswirkungen stellt der Klimawandel eine der größten Herausforderungen der Menschheit dar. Seine unmittelbaren Folgen sind in fast allen Ländern spürbar, betreffen manche Partnerländer besonders hart durch immer häufiger auftretende Naturkatastrophen und schwindende natürliche Ressourcen.

Die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise auch in Bayern bedarf eines grundsätzlichen Überdenkens. Die Folgen des Klimawandels werden immer deutlicher. Es bedarf eines grundlegenden Wandels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, die zugleich ökologische Tragfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz anstrebt. Um die Energiewende umzusetzen, wird der Energieverbrauch gesenkt und eine nachhaltige Energieversorgung aufgebaut.

- Bayern muss in den Bereichen Klimaschutz, Naturschutz, Energie und Ressourcen Vorreiter werden
- Minimierung des ökologischen Fußabdrucks (Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes)
- stärkere Förderung erneuerbarer Energien mit dem Ziel „100% Strom aus erneuerbaren Energien“ (bis 2050)
- Förderung dezentraler Energieversorgung
- Förderung von „Bürgerenergie“: u.a. Kommunen und Genossenschaften stärken, regionale Energieagenturen aufbauen
- Förderung von E-Autos (gespeist aus erneuerbaren Energien): bay. Behörden stellen ihren Fuhrpark teilweise um; bay. Behörden bieten Aufladestationen auch für MitarbeiterInnen
- Bildungsoffensive: Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ein Konzept für eine umfassende Bildungsoffensive zur Umsetzung der Energiewende mit konkreten Maßnahmenvorschlägen zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit vorzulegen.
- Sammlung gebrauchter Kleidung: bayerische Behörden und Schulen stellen gemeinnützigen Organisationen Platz für Sammelcontainer zur Verfügung

Bildung:

Der Freistaat Bayern hält mit Blick auf die Kernkompetenzen der Länder die inländische entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit für einen besonders wichtigen Teil der Eine Welt-Politik. Sie erfolgt durch schulische und außerschulische Maßnahmen und berücksichtigt dabei die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des Globalen Lernens. Der Freistaat Bayern arbeitet mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterstützt und fördert deren inländische Projektarbeit sowie die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern.

- Globales Lernen so früh wie möglich ermöglichen (incl. Kitas)
- Verbreitung des bundesweiten Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung (inkl. Projekte zur Umsetzung des Orientierungsrahmens)
- Lebenssinn jenseits von Materialismus befördern
- Ausbau / Förderung der bayerischen Eine Welt-Stationen
- Förderung von Schulpartnerschaften insbesondere mit Schulen in bayerischen Partnerregionen

Zivilgesellschaft:

Ohne eine breite Beteiligung der Bevölkerung wird die Umsetzung globaler, regionaler und lokaler SDGs keinen Erfolg haben. Es gilt, zivilgesellschaftliches Engagement, Erfahrung, Energie und Kreativität zu nutzen.

- Stärkung der Zivilgesellschaft u.a. durch konsequente Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips; Förderung der Eine Welt-Arbeit der bayerischen Eine Welt-Gruppen
- Ausbau des bundesweiten „PromotorInnenprogrammes zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“ in Bayern

- Engagement des Freistaats für die dezentrale Durchführung von Bundesprogrammen in der Eine Welt-Politik in Bayern. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend sind bei allen Programmen zunächst zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber staatlichen Durchführungsorganisationen zu bevorzugen
- Bayern wirkt der Verstaatlichung der Eine Welt-Arbeit auf Bundesebene entgegen und betont auch dort das Subsidiaritätsprinzip (insbesondere im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit und in den Gremien staatlicher Durchführungsorganisationen)

Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlingen helfen

Die Information über Fluchtursachen und Beiträge zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind seit vielen Jahren Bestandteil der Arbeit der bayerischen Eine Welt-Gruppen. Aktuell tragen viele dieser Akteure zur Arbeit mit Flüchtlingen in Bayern bei. Noch dringender als bisher gilt es heute Flüchtlinge gut zu versorgen und Fluchtursachen zu bekämpfen. Vom Freistaat Bayern erwarten wir:

- Einsatz für menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen
- Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge
- Ausbau von Sprachkursen für Flüchtlinge in Bayern
- Darstellung von Fluchtursachen
- Beiträge zur Minimierung von Fluchtgründen
- Unterstützung von UNHCR und Welternährungsprogramm

Globale Partnerschaften

Menschen in Bayern engagieren sich in einer Vielzahl von globalen Partnerschaften. Die Akteure schaffen beispielhafte Modelle einer globalen Solidarität. Es entstehen lebendige und langfristige Beziehungen zwischen Kommunen, zwischen Kirchengemeinden oder Kirchenkreisen, zwischen Schulen und Vereinen. Dies schafft Verständnis für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen. Auch der Freistaat Bayern selbst pflegt Partnerschaftsbeziehungen (insbesondere mit den Regionen Westkap, Gauteng, Karnataka, Sao Paulo und Tunesien) und unterstützt unterschiedlichste Akteure in Bayern mit ihren Partnerinstitutionen auf vielfältige Weise.

- Die Partnerschaften des Freistaats Bayern und die vom Freistaat Bayern geförderte Partnerschaftsarbeit orientieren sich künftig an folgenden Zielen:
 - o Sie zielen auf Gleichberechtigung und finden auf Augenhöhe statt. Sie leben vom gemeinsamen Lernen.
 - o Sie beruhen auf dem Austausch von geistigen und spirituellen Erfahrungen sowie personellen und finanziellen Ressourcen.
 - o Sie werden respektvoll gemeinsam verantwortet und vermeiden Abhängigkeiten.
 - o Sie berücksichtigen die politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen und versuchen sie positiv zu verändern.
- Der Freistaat Bayern fördert entwicklungspolitische Lernprogramme (z.B. Freiwilligendienste aus dem globalen Süden in Bayern), internationale Begegnungsprogramme und Begleitprogramme für ausländische Studierende in Bayern.

Kohärenz der bayerischen Politik

Unterschiedliche Politikbereiche (Wirtschaft, Agrarpolitik, Finanzen...) müssen ihre Ziele und Aktionen so gestalten, dass sie immer auch zum Weltgemeinwohl beitragen. Die Entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtages wie auch der Staatsregierung müssen dem Rechnung tragen. Eine Welt-Politik darf wirtschaftlichen Interessen nicht länger untergeordnet werden.